

Interne Orientierung  
nicht zitieren!

VERTRAULICH

Integration und Welthandel

---

Exposé von Bundesrat Dr. Hans Schaffner,  
 gehalten an der Botschaftertagung, am 29. August 1963.

---

Die relative Ruhe auf der Bühne der europäischen Integration, die mit dem Abbruch der britischen Beitrittsverhandlungen für einmal eingetreten ist, bringt nach mehr als einer Richtung eine nicht ganz unwillkommene Pause, welche die Zusammenhänge noch einmal gründlich zu überdenken gestattet. Im folgenden soll dies durch eine Konfrontation der europäischen Integration mit der Problematik des Welthandels geschehen, die nur einen Teil der Auseinandersetzung des Welthandels mit den Tendenzen zum Regionalismus darstellt, wie er eben durch die europäische Integration in hervorstechender und vielleicht leider auch in beispielhafter Weise ausgelöst worden ist. Regionale Gruppierungen, mit einer Abkehr von der unbedingten Meistbegünstigung, sind allerdings schon durch den ersten grossen Sündenfall der neueren Wirtschaftsgeschichte: durch die heute relativ bescheiden anmutenden Präferenzen des Ottawa-Vertrages des britischen Commonwealth und nach dem Kriege durch die Schaffung des Blocks der UdSSR mit den Satelliten im Rahmen des COMECON zeitlich vor der europäischen Integrationsbewegung geschaffen worden. Die Preisgabe der Meistbegünstigung durch fast einen ganzen Kontinent, durch das freie, westliche Resteuropa vor dem eisernen Vorhang, eine Blockbildung also, die den fast dichtest besiedelten und zudem höchst industrialisierten Teil Europas, ja der ganzen Welt beschlägt, musste ein Ereignis weitreichendster Auswirkung werden, das über die ursprünglich im GATT vorgesehenen Ausnahmen von der Regel der Meistbegünstigung hinausführt, nach welchen Zollunionen und Freihandelszonen im Prinzip erlaubte Instrumente der Abkehr von der erwähnten Grundregel darstellen. Nicht gesagt wird leider in den einschlägigen Vorschriften, wie gross ein solcher Bereich sein könne, der sich so dem Welthandelsgesetz der unbedingten Meistbegünstigung entziehen dürfe. Wenn die Rechnung des neuen gemeinsamen Aussentarifs korrekt gemacht wird - es ist die Regel des arithmetischen Mittels - und

- 2 -

wenn zwischen den sich verschmelzenden Wirtschaften im Endzustand der Zoll Null in Aussicht genommen wird, so ist die Angelegenheit formell in Ordnung, obschon durch eine solche Gruppierung, vielleicht gerade wegen ihrer Grösse, wegen des Ausbrechens höchst potenter Handelspartner aus dem Kreis des Welthandels, so weittragende Störungen verursacht werden können, dass die gesamten Austauschbeziehungen in eine krisenhafte Phase treten. Die höchst unvollkommene und prekäre internationale "handelspolitische Gesetzgebung" gibt eben auf diesen quantitativen Aspekt der Zollunionen und der Freihandelszonen keine Antwort, weil man sich zur Zeit der Ausarbeitung des GATT einen so umfassenden Einbruch in die weltweite Meistbegünstigung gar nicht vorstellen konnte. Den Verfassern des GATT-Textes haben Zollunionen vorgeschwebt in der Grössenordnung von Benelux, Schweiz/Liechtenstein oder einigen mittelamerikanischen Ländern, die eine gemeinsame Zollverwaltung aufbauen wollten. Die Ausklammerung eines ganzen Kontinentes und dazu eines hochindustrialisierten, potenten Käufers und Verkäufers aus der sicheren Regelung des Welthandelsgesetzes der Meistbegünstigung haben sich die Architekten des GATT in Havanna überhaupt nicht denken können.

Es ist kaum nötig, in Erinnerung zu rufen, aus welchem höchst eigenartigen Grund diese - vereinfacht gesagt - wirtschaftliche Hochbildung in Europa aus der Taufe gehoben wurde und mit einer sorgenden, patronisierenden und wenn nötig rücksichtslosen Insistenz der Vereinigten Staaten von Amerika durch alle Fährnisse der Gründungszeit und durch alle kritischen Examina des GATT hindurch gesteuert worden ist, gegen alle Bedenken der einem intensiven Welthandel zugetanen kleineren europäischen Staaten, die draussen vor der Türe zu bleiben hatten, gegen alle Einwände der überseeischen, am Welthandel interessierten, auch zum Teil unterentwickelten Länder, und selbst gegen die guten Regeln der Ermittlung eines korrekt berechneten, gemeinsamen Aussentarifs. Bekanntlich haben die sechs Länder des künftigen Gemeinsamen Marktes für die politischen Einigungsbestrebungen in Europa mit amerikanischer Unterstützung nach dem Scheitern der europäischen Verteidigungsgemeinschaft die Wirtschaft als Vehikel, als Motor des politischen Verschmelzungsprozesses gewählt. Weder eine gemeinsame

- 3 -

Aussenpolitik, noch eine gemeinsame Armee, noch eine feierliche Konstituante, noch irgend ein anderer politischer Integrationsfaktor wurden eingesetzt. Mit wirtschaftlichen Mitteln allein wurde das kühne Experiment unternommen, bewusst und systematisch die politische Realität eines halben Kontinentes umzukrempeln, Staatswesen von ausgesprochener Individualität, die in einem Jahrtausend europäischer Geschichte organisch gewachsen sind, unter Aufhebung der bestehenden einzelstaatlichen Souveränitäten zu einer höheren übernationalen, vorerst "komunitär" genannten Ordnung zusammenzuschliessen. Zwei mächtige Gedankenströme flossen zusammen: die weltpolitische Planung der Vereinigten Staaten von Amerika und die Ideologie der "Vereinigten Staaten von Europa". Von den Amerikanern stammt das Bild von zwei Pfeilern, auf denen das Gebäude der westlichen Partnerschaft errichtet werden soll, die Weltmacht Amerika und die Weltmacht des geeinigten, als Bundesstaat (wie Amerika) organisierten, mit einer Stimme sprechenden Europa - "Europe speaking with one voice". Aus dem gedrückten Lebensgefühl des durch zwei Weltkriege geschwächten, gedemütigten und entmachteten Europa aber ist die an sich begreifliche Forderung entstanden, den Hader unter den europäischen Staaten zu begraben, die Energien der Völker Europas zu vereinigen und damit den alten Kontinent zu neuer Weltgeltung und Grösse zu führen.

Statt vieler Zeugnisse stehe hier nur das besonders prägnante Wort Professor Hallsteins, der von den drei europäischen Gemeinschaften, die als eine Einheit zu betrachten seien, folgendes sagt: "Sie alle" - diese Gemeinschaften nämlich - "empfangen ihre letzte Rechtfertigung ja nicht daraus allein, dass sie in ihrem besondern Zuständigkeitsbereich etwas Nützliches tun. Sie alle sind vielmehr Teile eines Entwicklungsprozesses, an dessen Ende ein in einem umfassenderen Sinne politisch geeinigtes Europa stehen soll, eine Gemeinschaft, die in der Lage ist, in der internationalen Welt geschlossen, planend und handelnd aufzutreten, mit dem Gewicht, das Europa zukommt."

Dieses politische Ziel über die Wirtschaft zu erreichen, sozusagen die Ueberlistung der Politik, die sich weder durch gemeinsame

- 4 -

politische noch militärische Unternehmungen dem staatenbildenden europäischen Einheitsstreben fügen wollte, ist ein ausserordentlich unwegreicher und schwieriger Prozess, wenn er sich überhaupt als praktikabel erweisen wird. Denn die Wirtschaft ist voll Eigengesetzlichkeit und hat ihre eigene, eifersüchtig behütete Souveränität, die nicht leicht als dienende Magd eine andere, neue, überstaatliche Souveränität begründen hilft. Auf der einen Seite sollen die Länder der EWG durch diese Zoll- und, vielleicht mehr noch, Wirtschaftsunion zu einem Wirtschaftsgebilde von einer gewissen Ausschliesslichkeit und Eigenständigkeit zusammengeschweisst werden, wie dies etwa am sichtbarsten durch den gemeinsamen Aussentarif, der den neuen Grossmarkt umgibt, zum Ausdruck kommt. Andererseits gerät dieses, wie ich sehr allgemein sagte, auf eine gewisse Ausschliesslichkeit angewiesene Gebilde sofort mit der von ihm ausgeschlossenen, wirtschaftlichen Umwelt in Schwierigkeiten. Denn die Gruppierung ist zu gross, als Importeur und Exporteur zu bedeutend, zu sehr mit dem Weltmarkt verknüpft, als dass auf die Dauer die von einer Teilnahme Ausschlossenen sich die Schmälerung ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten in dem neuen Gemeinschaftsmarkt gefallen lassen könnten. Wäre das neue europäische Gebilde auch militärisch und politisch gross und stark, wäre das Rest- und Rumpfeuropa westlich des eisernen Vorhangs nicht auf die Verteidigung durch die Europa vorgelagerten insularen Briten und durch die Amerikaner angewiesen, so könnte man relativ leicht über die Proteste der ausgeschlossenen, kleineren europäischen Staaten, über die Klagen der übrigen diskriminierten überseeischen Welt zur Tagesordnung schreiten. Die neue Gruppierung wäre nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch und militärisch in der Lage, sich selbst zu behaupten. Dies ist jedoch nicht der Fall; Grossbritannien und mit ihm wichtige Länder des Commonwealth und vor allem die USA sind die unentbehrlichen Partner und Verteidiger des westlichen Rumpfeuropas. Auf die Dauer die Erweiterung des Gebildes durch einen britischen Beitritt und eine Milderung der Diskriminierung, einen Abbau der Ausschliesslichkeit gegenüber den überseeischen Verteidigern, abzulehnen, dürfte recht schwer fallen, ja zu einer eigentlichen Krise führen. Nebenbei bemerkt erweist sich in diesem Zusammenhang

- 5 -

die "Force de frappe" des Präsidenten de Gaulle als recht logisch. Eine mehr und mehr nach seiner Vorstellung in sich selbst Genüge findende europäische Wirtschaftsgemeinschaft müsste sich selbst verteidigen können. Es wäre ein Widersinn, sich auf die Dauer auf die militärische Hilfe der Angelsachsen zu verlassen und sie gleichzeitig wirtschaftlich von einem ausserordentlich wichtigen neuen Raum ausschliessen oder ihnen nicht einen erträglichen Zugang dazu gewähren zu wollen.

Um diesen Widerspruch, der bereits an der Basis der Neugründung lag, haben sich die Architekten des europäischen Regionalismus und ihre unermüdlichen Advokaten jenseits des Atlantiks nicht gekümmert. Man ist über den als möglich, ja als wahrscheinlich erscheinenden Konflikt zwischen der neuen europäischen Präferenzzone und den Erfordernissen eines umfassenden, auf der Regel der Meistbegünstigung beruhenden Welthandels mit einer bewunderungswürdigen Unbekümmertheit hinweggegangen.

Ich rede nicht von den kleineren europäischen Anhängern eines undiskriminierlichen Welthandels, denen man bei der Unterzeichnung des EWG-Vertrages auf dem Kapitol zu Rom eine europäische Freihandelszone versprochen hat, die ihre Probleme mit Bezug auf das neue Gebilde gelöst hätte, sondern ich spreche von den Vereinigten Staaten von Amerika, die sich damit begnügten, dass die neue Gemeinschaft erklärte, sie werde weltoffen und betont liberal sein, sie werde auf den drastischen Abbau der Zölle und andere Handelshemmnisse hinarbeiten. Ich will auch nicht ins Gericht gehen mit der Art - obschon wir es nicht vergessen haben - wie der neue gemeinsame Zolltarif der Gemeinschaft mit amerikanischer Hilfe durch das GATT gepeitscht wurde; es ist von deutscher Seite unbestritten festgestellt worden, dass die Art der Synthetisierung des EWG-Aussentarifs zu einem merklich höheren gemeinsamen Zoll führte, als dies nach den GATT-Regeln erlaubt gewesen wäre. Die von der EWG in der sogenannten Dillon-Runde gemachte Offerte einer Zollsenkung von 20% war deshalb nicht mehr als ein Angebot, die ungerechte Ueberhöhung etwas zu berichtigen. Bekanntlich hat ja dann die Dillon-Runde nicht zu einer Senkung des EWG-Tarifs von 20% geführt; die Senkung ist viel bescheidener ausgefallen und musste

- 6 -

erst noch mit Gegenkonzessionen erkaufte werden.

Die im GATT von 1960 - 62 durchgeführte Dillon-Runde bildete die erste Konfrontation der neuen Gemeinschaft mit den Problemen des Welthandels. Für die EWG handelte es sich darum, ihren gemeinsamen Tarif einer Feuerprobe auszusetzen, die zollpolitischen Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und ihren Handelspartnern auf der Grundlage dieses Tarifes neu zu ordnen und gleichzeitig als Gemeinschaft an den Bemühungen teilzunehmen, welche von dieser bisher letzten GATT-Zollkonferenz (wie von allen ihren Vorgängerinnen) durch die Herabsetzung der Zollltarife zur weiteren Liberalisierung des Welthandels unternommen wurden. Dass die Konferenz infolge der sehr ~~eingegrenzten~~ Möglichkeiten der neuen Gemeinschaft für die Aussenwelt wenig befriedigend verlief, habe ich bereits erwähnt. Die Aussichten für die nächste Veranstaltung des GATT, die sogenannte "Kennedy-Runde" - die aber sehr viel ehrgeizigere Ziele als die früheren Zollrunden anstrebt, nämlich nicht weniger als die Halbierung der Zollltarife der hochentwickelten Staaten der Welt - die Aussichten für diese Konferenz erscheinen zurzeit als unbestimmt und problemumwittert, obschon dieser grosse Wurf des amerikanischen Präsidenten, der seinen Niederschlag im "Trade Expansion Act" gefunden hat, einen unerhörten, fast revolutionären handelspolitischen Akt darstellt, einen nachhaltigen, eindrucksvollen Versuch, aus dem Regionalismus, aus einer "Kompartementierung" des Welthandels herauszukommen und die Folgen einer zu einseitigen Förderung der wirtschaftlichen Blockbildung in Europa in letzter Stunde abzuwehren.

Dies führt mich zu einer Charakterisierung der grossen Krise, welche die EWG durchlebt. Diese Krise hat einen doppelten Ursprung. Einmal hat der französische Staatschef, General de Gaulle, eine Vision der europäischen Zukunft entwickelt, die den Vorstellungen der Mentoren der europäischen Integration nach dem Muster der EWG völlig entgegengesetzt ist, und er versucht, diese seine Vision in die Tat umzusetzen. Und zweitens beginnt der innere Widerspruch im Konzept der EWG, von dem ich weiter oben sprach, sich praktisch immer mehr auszuwirken, der Widerspruch zwischen der Schaf-

fung eines grossen gemeinsamen Marktes, der nur den Mitgliedstaaten frei und unbehindert zugänglich sein soll, und auf der andern Seite der moralischen Verpflichtung, welche die EWG vor allem den Vereinigten Staaten gegenüber eingegangen ist, eine liberale, weltoffene Handelspolitik zu führen. Dabei ist es ein Anliegen der Gerechtigkeit festzustellen, dass vor allem die europäische Kommission sich Mühe gibt, Wort zu halten und die widerstrebenden Einzelmitglieder zu einem vernünftigen Entgegenkommen zu bringen; nur sind ihre Mittel leider nicht besonders wirksam und der "sacro egoismo" erweist sich als so stark, dass der Kompromiss oft auf dem niedrigsten möglichen Nenner gemacht werden muss.

Zunächst das Europa-Konzept des General de Gaulle. Der französische Staatschef teilt mit den Europaideologen der EWG den Wunsch und das Bestreben, den europäischen Kontinent vom Objekt wieder zu einem selbstbewussten Subjekt der Weltpolitik zu machen. Weiter aber geht die Uebereinstimmung nicht. Der General lehnt die ganze Brüsseler Integrationsphilosophie rundweg ab. Grundlage der Einigung Europas soll nicht die Abtretung nationaler Souveränitätsrechte an überstaatliche Behörden sein, sondern vielmehr die Bewahrung und Kräftigung der bestehenden Nationalstaaten. Auch er will den europäischen Zusammenschluss, aber in Form einer Allianz zwischen souveränen Regierungen, einer Allianz, in der Frankreich die führende Rolle zugeordnet ist. Der General ist nicht bereit, sich in diese Rolle mit Grossbritannien zu teilen; seine Konzeption ist kontinental und nicht "maritim". Auch er beteuert zwar die Notwendigkeit des Fortbestehens der Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika; aber den Amerikanern soll ein nicht nur der Form, sondern auch der Sache nach gleichberechtigtes Europa gegenüber stehen, nicht "une Europe intégrée, donc diminuée". Die vorhandenen europäischen Gemeinschaften, die Montanunion, das Euratom und vor allem die EWG ist de Gaulle bereit, weiterbestehen zu lassen, aber nur insofern sie sich seiner eigenen Konzeption fügen. Sie mögen zur wirtschaftlichen Stärkung und Festigung des alten Kontinents beitragen; sie dürfen, anders als Hallstein es verstanden hat, höchstens etwas "Nützliches" leisten. Für Europa zu sprechen und zu handeln aber ist nicht ihre Sache, sondern die der Regierungen - "l'Europe des gouvernements", nicht "l'Europe des communautés" als Vorstufe eines vereinigten Europas.

Ich habe Ihnen mit dieser Zusammenfassung der Gedankengänge des französischen Staatschefs nichts Neues gesagt. Sie wissen auch, dass es de Gaulle bisher nicht gelungen ist, seine Pläne in die Wirklichkeit umzusetzen. Die auf französische Initiative unternommenen An-

- 8 -

strengungen zur Organisation einer politischen Zusammenarbeit unter den sechs Ländern der EWG sind fruchtlos geblieben und werden zurzeit nicht weiterverfolgt. Ihr einziger Ertrag ist das deutsch-französische Freundschaftsabkommen vom 22. Januar dieses Jahres, dessen Brauchbarkeit für de Gaulles Zwecke heute schon nicht besonders überzeugend erscheint.

Kann der General die Verwirklichung seines Konzepts auch nicht erzwingen, so kann er aber sehr wohl die Fortsetzung der europäischen Integration gemäss den Auffassungen der Gründerväter der EWG verhindern. Frankreich hat Grossbritannien den Eintritt in die EWG versperrt. Die Einstimmigkeitsklausel innerhalb der EWG lässt ihm die reichlich genutzte Möglichkeit, alle Entscheide hintan zu halten, welche die Gemeinschaft auf dem Wege zur echten Supranationalität würde weiterschreiten lassen. Demgegenüber hat es das Frankreich de Gaulles immer sehr gut verstanden, die französischen Wirtschaftsinteressen im Rahmen der EWG zu wahren; die Landwirtschaft und die Handelspolitik gegenüber der Aussenwelt sind hierfür die bezeichnendsten Beispiele.

Gestatten Sie mir noch einmal, auf die Aussenhandelspolitik der EWG zurückzukommen, die gegenwärtig im Mittelpunkt der Auseinandersetzung mit der drängenden Problematik des Welthandels steht. Gewiss ist dieser gemeinsame Tarif nicht das einzige Mittel der wirtschaftlichen Integration. Vielleicht mag der berühmte Satz Professor Hallsteins etwas überspitzt sein: "Wir haben keine Flage, wir haben keine Armee, alles was wir haben, ist ein Tarif !" Es gibt andere Integrationsfaktoren in der Gemeinschaft, die gemeinsame Transportpolitik, die Konfrontation der monetären Politik, die Rechtsvereinheitlichung, die gemeinsame Sozialpolitik, die gemeinsame Kartellpolitik, usw., alles Gebiete, die mehr und mehr in den Tätigkeitsbereich der Gemeinschaft übergehen sollen. Nach aussen aber bleibt sicherlich, wenn möglicherweise auch mit etwelcher Ueber-schätzung, der gemeinsame Aussentarif das Symbol des Zusammenschlusses. Man ist entweder innerhalb oder ausserhalb des Zollkordons ! Wenn wir also über diesen Integrationsfaktor, den gemeinsamen Aussentarif der EWG, reden, so müssen wir uns ständig bewusst sein, dass wir hier

- 9 -

nur einen Aspekt der Integrationsbewegung vor uns haben, und dass wir bei einer solchen schematischen Betrachtung eine gewisse Einseitigkeit und Uebertreibung der Wichtigkeit des gemeinsamen Tarifs in Kauf nehmen. Entstanden ist, wie ich sagte, dieser Tarif aus einer Mischrechnung zwischen den Tarifen der die Gemeinschaft konstituierenden früheren Zollgebiete, d.h. er zieht für die einzelnen Zollpositionen das arithmetische Mittel aus dem französischen, dem italienischen, dem westdeutschen und dem Benelux-Tarif. Davon waren die beiden letztgenannten, der deutsche und der Benelux-Tarif, recht niedrige Tarife, während der französische und der italienische als Ausdruck der protektionistischen Traditionen dieser Länder ausgesprochen hohe Ansätze aufwiesen. Der neue Gemeinschaftstarif hat nicht ein übermässiges, aber doch ein recht solides Niveau. Die ad valorem-Belastung lag vor der Dillon-Runde bei ca. 15%, was von der italienischen und französischen Handelspolitik bereits als peinliche Schwächung des gewohnten Schutzes der nationalen Produktion empfunden wurde.

Würde nun dieser Tarif nach seiner - allerdings nicht beträchtlichen - Senkung in der Dillon-Runde in den bevorstehenden Kennedy-Verhandlungen die von den Vereinigten Staaten und sämtlichen andern Aussenseitern dringend gewünschte zusätzliche Reduktion um volle 50% erfahren, so wäre er bei einer Durchschnittsbelastung von 5 - 7% angelangt. Dem steht auf seiten der EWG - geben wir uns keinen Täuschungen hin - ein klarer und entschlossener Widerstand entgegen, der sich aus zwei Quellen speist.

Auf der einen Seite sind es die Ideologen, die um die Daseinsberechtigung der EWG selbst bangen. Denn ist es in der Tat nicht so, dass eine Zollunion mit einem sehr niedrigen Aussentarif eine verminderte "raison d'être" hat? Ueberdies würde die EWG ja gewiss ihren Zollschutz nur dann um die Hälfte reduzieren, wenn die übrige industrialisierte Welt dasselbe täte, wenn m.a.W. ein Zeitalter des freien Welt Handels damit eingeleitet wäre. Wie sollen dann aber die wirtschaftlichen Instrumente, unter ihnen vor allem der gemeinsame Zollltarif, der EWG noch zur Herbeiführung politischer Ziele dienen? Dass einem Aussenzoll von 5% noch ein wesentlicher Zwang zum Anschluss oder gar

- 10 -

zu einer politischen Staatenbildung innewohnt, würde wohl niemand mehr ernstlich erwarten. Wir müssen deshalb den EWG-Bestrebungen gegenüber auch gerecht sein; man darf die EWG auch nicht in der Weise überfordern, dass sie sich sozusagen selbst aufgeben sollte!

Auf der andern Seite ist es der mindestens zweien ihrer Mitglieder (Italien und vor allem Frankreich) sozusagen angeborene handelspolitische Protektionismus, der, ganz abgesehen von den soeben erwähnten politischen Hindernissen, einer wahrhaft liberalen, auf die Förderung des Welthandels gerichteten Handelspolitik der EWG im Wege steht. Ausserordentlich verschärft wird der Widerstand durch die Tatsache, dass es nicht nur um die Zolltarife für Industrieprodukte geht, sondern dass vom Stichwort "Liberale oder protektionistische Handelspolitik?" auch die Landwirtschaft erfasst wird. Die Landwirtschaft aber ist in der Handelspolitik fast jeden Landes das bei weitem heikelste und schwierigste Kapitel. In der EWG ist dies nicht anders; ja, die Landwirtschaft nimmt hier förmlich eine über Erfolg oder Misserfolg des Gesamtunternehmens entscheidende Schlüsselstellung ein. Und, nicht genug damit, ist es wiederum Frankreich, das der Behandlung seiner landwirtschaftlichen Interessen innerhalb der EWG und in der Auseinandersetzung der EWG mit der übrigen Welt eine überragende Bedeutung beimisst. Es ist nicht mit Unrecht gesagt worden, dass Frankreich den Römer Vertrag nicht unterzeichnet hätte, wenn es nicht - als Gegenstück zur Oeffnung seiner Grenzen für die freie Konkurrenz vor allem der Industrieprodukte seiner 5 Partner - darauf hätte zählen können, dass der freie, aber nach aussen wirksam geschützte Markt des EWG-Raumes der französischen Landwirtschaft, die in voller Expansion begriffen ist, ungeschmälert zur Verfügung stehen würde. Scharf und klar hat erst wieder General de Gaulle in seiner Pressekonferenz vom 29. Juli diese grundlegenden Zusammenhänge in Erinnerung gerufen, indem er erklärte: "Que signifieraient les mots mêmes: "Communauté économique européenne", si l'Europe n'assurait pas, pour l'essentiel, son alimentation grâce à ses propres produits agricoles, lesquels peuvent y suffire largement ? Et qu'irait faire la France dans un système à l'intérieur duquel il n'y aurait bientôt plus de douane excepté pour son blé, sa viande, son lait, son vin et ses fruits ?" Und er schliesst daran die Forderung, dass über die gemeinsame Agrarpolitik der EWG bis

- 11 -

zum 31. Dezember dieses Jahres unter den 6 Partnerstaaten eine volle Einigung erzielt werden müsse: "... pour cette raison que les négociations tarifaires entre les Etats-Unis et l'Europe vont s'ouvrir au printemps prochain et que, devant les grands vents qui ne manqueront pas de se lever à cette occasion, il faudra alors que le Marché commun soit debout, complet et assuré, ou bien qu'il disparaisse." Es zeigt sich auch hier wiederum die negotiatorische Stärke der französischen Position: der General hat im Gegensatz zu seinen Gegenspielern in der EWG eine Alternative: er droht ohne Umschweife mit deren Auflösung, wenn sie nicht seine Wünsche erfüllt. Würde der General mit seiner Forderung durchdringen, so hätten sich die Agrarexportstaaten unter den Handelspartnern der EWG damit abzufinden, dass die bedeutenden Märkte für ihre Produkte, die sie heute im EWG-Gebiet besitzen, einer Politik der Agrarautarkie zum Opfer gefallen wären. Es wäre im übrigen, glaube ich, ungerecht, Frankreich allein für diese Autarkietendenzen verantwortlich zu machen. Das nicht in erster Linie von Franzosen formulierte Konzept der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik (Mansholt, Holland!) der EWG ist ganz grundsätzlich darauf angelegt, der eigenen Agrarproduktion ein absolutes Vorrecht zu sichern, sodass in der EWG das Eintreten für die weitgehende Selbstversorgung mit Agrarprodukten bestenfalls immer nur graduelle Unterschiede aufweisen wird.

Es bedarf keiner besonderen Vorstellungsgabe, um sich auszumalen, welche Reaktion eine solche Haltung gerade bei einem Handelspartner wie den Vereinigten Staaten finden muss, die unter ihre Exportinteressen vor allem auch die Landwirtschaftsprodukte zählen. Dementsprechend ist der Rahmen, in dem die neue Handels- und Zollkonferenz des GATT - die "Kennedy-Runde" - stattfinden soll, vornehmlich auf Betreiben Amerikas und der übrigen Agrarexportstaaten so gefasst worden, dass er auch die Landwirtschaft voll einschliesst, ganz gleichgültig, ob sie im gegebenen Fall durch Zölle oder andere Instrumente - gedacht wird u.a. an das Abschöpfungssystem der EWG - geschützt ist.

Die Vorbereitungsarbeiten für die Kennedy-Runde sind seit ungefähr einem halben Jahr im Gange. Die eigentliche Konferenz soll erst am 4. Mai nächsten Jahres eröffnet werden. Doch will man diesmal, angesichts der ausserordentlichen Komplexität des Verhandlungsprogramms, in Abweichung von der früher üblichen Produkt um Produkt-Verhandlung, den Abbau der Handelsschranken nach schematischen Metho-

- 12 -

den durchführen. Die Ausgestaltung dieser Methoden im einzelnen ist der Gegenstand der Vorbereitungsarbeiten, die damit fast wichtiger zu werden versprechen als die eigentliche Konferenz. Um den vorbereitenden Ausschüssen des GATT grundsätzliche Richtlinien zu geben, trafen sich die Handelsminister der GATT-Staaten vom 16. - 21. Mai dieses Jahres in Genf. Das Ergebnis der Konferenz war ein überaus hart erkämpfter Kompromiss, in dem sich nur sehr zum Teil eine Annäherung der Standpunkte zwischen den beiden Hauptbeteiligten an der kommenden Kennedy-Runde, den Vereinigten Staaten und der EWG, abzeichnet. Ich kann auf die sehr komplizierte Problematik hier nicht im einzelnen eingehen. Nur soviel sei gesagt, dass, solange sich die EWG-Mitgliedstaaten nicht auf eine gemeinsame agrarpolitische Linie geeinigt haben (dies soll nach den vorliegenden Plänen bis Ende des Jahres geschehen), auch die Vorbereitungen für den Kennedy-Zollreduktionsplan, der in erster Linie die Industrie betrifft, nur provisorisch bleiben können. Auch hier haben sich übrigens grosse Schwierigkeiten insbesondere darum gezeigt, weil die EWG, die zwar keinen niedrigen, aber doch einen im Belastungsniveau recht ausgeglichenen Zollltarif hat, den Amerikanern gegenüber das sogenannte Disparitätenproblem geltend macht. Sie verweist darauf, dass der amerikanische Tarif, der im Durchschnitt nicht höher ist als derjenige der EWG, doch für mehrere hundert Positionen grosse Ausschläge nach oben, mit Belastungen von über 50, 60 und mehr Prozent, aufweist. Sie will von den Amerikanern das Zugeständnis erreichen, dass sie die EWG - wie alle andern Länder, die für die betreffenden Zollpositionen wesentlich niedrigere Ansätze haben - eine Halbierung dieser amerikanischen Tarife nicht mit ebenso weitgehenden Leistungen sollten aufwiegen müssen. Die bisherigen Gespräche in den Arbeitsgruppen des GATT haben klar erkennen lassen, dass die EWG in der angestrebten Disparitätenregelung einen willkommenen Vorwand gefunden zu haben glaubt, um ihren eigenen Tarif möglichst wenig herabzusetzen.

Die Einzelvorbereitungen für die Behandlung der Landwirtschaft in der Kennedy-Runde sind noch stark im Rückstand. Wie heiss dieses Eisen aber ist, hat nur zu deutlich der "Poulet-Krieg" zwischen den

- 13 -

Vereinigten Staaten und der EWG erkennen lassen. Es handelt sich hier im Grunde um ein Vorgeplänkel, das vor allem darum zu einem regelrechten kleinen Krieg geworden ist, weil die Amerikaner ganz bewusst den an sich nicht sehr bedeutenden Fall zu einem "test case" für die Einstellung der EWG zu den amerikanischen landwirtschaftlichen Exportinteressen überhaupt gemacht haben.

Die Wolke, die damit ihren Schatten auf die Kennedy-Runde vorauswirft, ist nicht vereinzelt. Der Belastungen sind, wie ich ausführte, in der Tat viele. Dennoch wäre es kaum gerechtfertigt, der bevorstehenden grossen und wichtigen Konferenz von vornherein eine eindeutig schlechte Prognose zu stellen. Der Druck der Tatsachen und der Druck des politischen Willens allenthalben, der ein greifbares und substantielles Ergebnis der Verhandlungen fordert, ist sehr stark. Allen voran scheinen die Vereinigten Staaten, deren Zahlungsbilanzproblem immer akutere Formen annimmt, nicht gesonnen, vor den Schwierigkeiten zu kapitulieren, die sie paradoxerweise selbst mitverursacht haben, ist es doch die amerikanische Regierung gewesen, die aus politischen Gründen die EWG - trotz der von ihr hervorgerufenen handelspolitischen Diskrimination - unentwegt gefördert hat und nun eben diese Diskrimination als nicht länger tragbar erklärt. Ganz wird sich die EWG der Pression, die von überallher kommt, nicht entziehen können, oder sie würde denn die Zusammenarbeit der westlichen Welt überhaupt mutwillig in Frage stellen.

Zusammenfassend wird man sagen dürfen, dass die Krise der EWG eine Krise der Konzeption ist, auf der sie beruht. Befolgt sie auf ihrer Aussenfront eine konsequent liberale Politik, für die Industrie sowohl als für die Landwirtschaft, so schwächt sie die wirtschaftlichen Mittel, die der Erreichung ihrer politischen Ziele dienen sollen; mehr als dies: sie setzt - ich erinnere an das Problem der gemeinsamen Agrarpolitik - die Existenz der Gemeinschaft selbst aufs Spiel. Etwas überspitzt ausgedrückt könnte man sagen, dass eine liberale EWG sich auf die Dauer selbst überleben oder doch in ihrer Bedeutung ausserordentlich herabsetzen würde. Verlegt sich umgekehrt die EWG auf eine Politik der relativen Abschliessung - auf die sie, zu einem Teil wenigstens, derzeit noch angewiesen zu sein glaubt - sei es

durch Aufrechterhaltung einer ins Gewicht fallenden Zollschanke für das Industrieprodukt und durch den landwirtschaftlichen Protektionismus, so organisiert sie damit in Permanenz die Angriffe aller Aussenseiter, die sich mit diesem diskriminatorischen Rieserraum - eine gute Hälfte Europas nebst einem bedeutenden afrikanischen Anhang - nicht abzufinden entschlossen sind. Auf die Dauer würde es bei der blossen Entrüstung übrigens nicht sein Bewenden haben; der Widerstand, von dem die amerikanischen Poulet-Repressalien nur gerade einen schwachen Vorgeschmack geben, würde sich organisieren, und das Endergebnis wäre nicht nur eine empfindliche wirtschaftliche Schädigung aller Beteiligten, sondern eine höchst bedenkliche Schwächung des Zusammenhaltes der abendländischen Welt in ihrer Gesamtheit. Nicht zu unterschätzen ist das Beispiel, das der europäische Regionalismus allen andern Kontinenten gibt. Der europäische Regionalismus wird nicht allein bleiben, die Aufspaltung der Weltwirtschaft in andere Regionalismen wird auf dem Fusse folgen.

Abschliessend darf ich versuchen, den Standort unseres eigenen Landes in der eben geschilderten, wenig erfreulichen Konstellation zu ermitteln.

Mit einer gewissen Befriedigung darf ich eine erste Feststellung vorausschicken. Sie besteht darin, dass die von uns in den letzten Jahren auf dem Gebiete der Integration eingehaltene vorsichtige und doch konstruktive Politik richtig gewesen ist und sich auch künftig zu bewähren verspricht. Sie hat sich nach zwei einfachen Grundprinzipien orientiert. Einmal nach dem entschiedenen Willen zur Wahrung der Unabhängigkeit und Neutralität des Landes, seiner innerstaatlichen Struktur des Föderalismus und der demokratischen Rechte der Bürger. Zum andern beruht sie auf der Bereitschaft, soweit nicht die politische Integrität unseres Landes berührt wird, an allen Bemühungen zur Beseitigung oder Milderung der bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten tatkräftig mitzuwirken.

Leitregel waren und sind für uns die Gebote der wirtschaftlichen Vernunft. So betrachten wir es als unsinnig und auf die Dauer nicht tragbar, dass der europäische Wirtschaftsraum diesseits des

- 15 -

Eisernen Vorhangs, der durch unzählige Bindungen aufs engste bereits "integriert" ist, durch Scheidewände, die wir als künstlich und unnötig empfinden, in verschiedene Kompartimente auseinandergerissen bleiben soll. Dass wir selbst einem solchen Kompartiment, nämlich der EFTA, angehören, darf uns wie andere gleichgesinnte Länder nicht in unserem Bestreben erlahmen lassen, sobald die Gelegenheit dafür günstig ist, an der Ueberwindung dieser durchaus artifiziellen Schranken mitzuarbeiten. Die EFTA ist ja auch keine endgültige Gründung. Ihr Ziel ist die Ueberwindung der Spaltung, und für die Erreichung dieses Ziels hat sie ihre eigene Auflösung statutarisch selbst schon vorgesehen.

Der Warenaustausch zwischen der Schweiz und der EWG hat sich in den letzten Jahren in einer Weise entwickelt, die klar sowohl die Enge der Verflechtung als die Unnatürlichkeit der Trennung anschaulich macht. Die Einfuhr aus der EWG ist von 4979 Mio Franken im Jahre 1959 auf 8196 Mio Franken im Jahre 1962 angewachsen; unsere Ausfuhr nach der EWG von 2902 Mio Franken im Jahre 1959 auf 4022 Mio Franken im Jahre 1962. Das Defizit unserer Handelsbilanz mit der EWG, das im Jahre 1959 noch 2077 Mio Franken betragen hatte, erreichte somit im Jahre 1962 den wahrhaft erstaunlichen Betrag von 4174 Mio Franken, d.h. rund 1 Milliarde Dollars. Die Schweiz allein deckt damit, um ein illustratives Beispiel zu geben, die Hälfte des Handelsbilanzdefizites der EWG mit den Vereinigten Staaten in der Höhe von ungefähr 2 Milliarden Dollars.

Die Bedeutung der EWG als Handelspartner der Schweiz hat in den letzten Jahren auch relativ weiter zugenommen. 60,2% der schweizerischen Totaleinfuhr kamen im Jahre 1959 aus der EWG; im Jahre 1962 waren es 63,1%. Auch die Ausfuhr nach der EWG ist relativ weiter angestiegen: von 39,9% der Totalausfuhr im Jahre 1959 auf 42,0% im Jahre 1962. Erfreulich hat sich auch unser Handel mit der EFTA entwickelt. Die Einfuhr stieg von 12,9% auf 13,3% in den genannten Jahren, während die Ausfuhr von 16,5 auf 17,9% anwuchs - mehr als nach irgend einem anderen Wirtschaftsraum. Weiter zurückgefallen sind die Länder des europäischen Ostens (auf 1,9% bei der Einfuhr und 2,6% bei der Ausfuhr im Jahre 1962). Der schweizerische Handelsverkehr mit den übrigen Ländern der Welt deckt nach wie vor einen

- 16 -

guten Teil unseres Handelsbilanzdefizites mit Europa, stehen doch einer Ausfuhr von 37,5%, die vom Totalexport der Schweiz nach den überseeischen Ländern gehen, eine Einfuhr aus diesen Ländern von 21,7% der Totaleinfuhr gegenüber. Sowohl die Einfuhr wie die Ausfuhr sind zurückgegangen; die Einfuhr betrug 1959 noch 24,6% der Totaleinfuhr, die Ausfuhr 40,3% der Totalausfuhr. Auch diese Zahlen belegen eindrücklich die Notwendigkeit einer Lösung des europäischen Handelskonfliktes.

Die Schweiz hat ihr Assoziationsgesuch an Brüssel vom 15. Dezember 1961 nicht zurückgezogen. Sie will dadurch eindeutig klar machen, dass die Problematik einer positiven und konstruktiven Auseinandersetzung mit dem neuen europäischen wirtschaftlichen Gebilde nicht aus Abschied und Traktanden gefallen ist. Nach der Abweisung der britischen EWG-Kandidatur ist zur Zeit in Brüssel die Spaltung in den Auffassungen über eine Erweiterung des Kreises der sechs Länder so gross, dass an eine fruchtbare Assoziationsverhandlung vorläufig nicht gedacht werden kann. Dies entbindet uns aber nicht davon, gedanklich an diesem Problem ständig weiterzuarbeiten und unsere Dossiers à jour zu halten.

Gestatten Sie mir nur nebenbei eine kleine Bemerkung über die Bemühungen Oesterreichs: Es mag als paradox erscheinen, dass Oesterreich, von dem immer angenommen wurde, dass es sich in seiner Auseinandersetzung mit der EWG mit Bezug auf die neutralitätsrechtlichen und neutralitätspolitischen Aspekte nach der Schweiz würde zu richten haben, nun im Alleingang gerade auch diese Aspekte der EWG gegenüber vertreten muss. Ueber die Erfolgsaussichten dieses Alleingangs sind im übrigen die Meinungen geteilt. Eine gewisse Skepsis scheint berechtigt; abgesehen davon wird die von Oesterreich angestrebte maximale Lösung - Assoziation mit vollem Genuss aller handelspolitischen Vorteile der EWG-Mitgliedschaft (wenn möglich mit Verbleiben in der EFTA!) auf jeden Fall eine lange Verhandlungszeit voraussetzen. Schon jetzt wird man sagen können, dass die Schweiz die von Oesterreich im Rahmen einer solchen Lösung ausgehandelten Bedingungen sorgfältig prüfen, das österreichische Beispiel aber nicht für sich selbst als massgeblich betrachten würde.

- 17 -

Wenn wir auch hinsichtlich des grundsätzlichen Problems der Beseitigung der Diskrimination gegenüber der EWG zurzeit betonte Zurückhaltung üben, so darf und soll uns dies noch nicht daran hindern, die Entwicklungen in der EWG auf allen Gebieten des Aufbaues der Zoll- und Wirtschaftsunion aufmerksam zu verfolgen. Es stehen hier, teilweise sehr direkt, beträchtliche schweizerische Interessen auf dem Spiel. Denken wir als typischen Fall z.B. an die gemeinsame Transportpolitik, welche die EWG vorbereitet und die uns als ein mitten im Zentrum des Kontinents gelegenes, von drei EWG-Mitgliedstaaten umschlossenes Land keineswegs gleichgültig lassen kann. Hier ist der Wunsch gewiss beidseitig, früher oder später zu einer vertraglichen Regelung der Verhältnisse zu gelangen. Aber auch auf andern Gebieten wird es sich als notwendig erweisen, dass wir mit der EWG in Verbindung treten, sei es um Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse zu ordnen, sei es um zu versuchen, die von der EWG geplanten Regelungen in unserem Sinne zu beeinflussen. Zu diesem Zweck wird ein koordinierter Einsatz auch unserer diplomatischen Vertretungen nicht nur bei der EWG-Kommission, sondern auch in den Hauptstädten der EWG-Mitgliedstaaten erforderlich sein.

Ich hatte bereits mehrfach Gelegenheit, auf die Fortschritte in "unserer" Integrationsgruppe, der EFTA, hinzuweisen. Die Ministerkonferenzen von Genf und Lissabon im ersten Halbjahr 1963 haben im Rahmen der durch den Stockholmer Vertrag selbst gezogenen Grenzen den Grund für den Ausbau derjenigen seiner Teile gelegt, hinsichtlich derer, in der Hoffnung auf einen baldigen Zusammenschluss mit der EWG, eine Reihe von Problemen ungeregelt geblieben waren. Vor allem bedeutsam aber ist natürlich mit Bezug auf das Kernstück des Vertrages, den Zollabbau, der Lissaboner Beschluss, in den nächsten dreieinhalb Jahren den Weg bis zu Ende zu gehen. Wir werden somit von Anfang 1967 an in einer Zone freien Handels von 90 Millionen Menschen leben; für die Wirtschaft vor allem ist es wichtig, dies nun mit Bestimmtheit zu wissen und sich dementsprechend einzustellen. Andererseits darf ich hier bestätigen, dass keineswegs beabsichtigt ist, die EFTA zu einer Zoll- und Wirtschaftsunion auszubauen und damit zu einer Art "Konkurrenz-EWG" zu

machen. Spekulationen in dieser Richtung, die in einem Teil unserer Presse und teilweise auch in der Wirtschaft zu vernehmen waren, entbehren jeder Begründung und bedürfen keines Wortes der Richtigstellung.

Schliesslich widmen wir demjenigen Teil unserer Handelspolitik, der über die bloss europäischen Probleme hinaus in die Sphäre des Welthandels hineinführt, unsere grösste Aufmerksamkeit. Diese Sphäre der "grossen Handelspolitik" wird, wie Sie meinen bisherigen Ausführungen entnehmen konnten, zur Zeit ganz von der Auseinandersetzung zwischen dem europäischen wirtschaftlichen Regionalismus, der mit der Gründung der EWG angehoben hat, und den EWG-Aussenseitern innerhalb und ausserhalb Europas beherrscht. Die Kennedy-Runde ist das Schlachtfeld dieser Auseinandersetzung.

Für die Schweiz im besondern hat die Kennedy-Runde eine doppelte Bedeutung. Einmal erhoffen wir von ihr eine wesentliche Milderung des diskriminatorischen Druckes in Europa, wie er vom zunehmenden Zollabbau innerhalb der EWG ausgeht. Dieser Druck ist gegenwärtig, in einer Zeit der Hochkonjunktur, viel weniger fühlbar als er es zu normalen Zeiten wäre. Dennoch bedeutet er, im Hinblick auf die Perspektive der baldigen Herstellung eines völlig freien Marktes innerhalb der EWG, von dem die Aussenseiter ausgeschlossen sind, ein Aergernis und eine ernsthafte Störung. Das genaue Ausmass der Beeinträchtigung ist allerdings schwer abzuschätzen. Ein paar Zahlen mögen uns helfen, die Umriss des Problems klarer zu erkennen. Vor der Dillon-Runde, d.h. der letzten GATT-Zolltarifkonferenz, betrug die durchschnittliche Zollbelastung des Importes schweizerischer Waren im EWG-Tarif rund 15 % des Warenwertes. Im Ergebnis der Dillon-Runde, die uns neben manchen Enttäuschungen auch einige beachtliche Konzessionen der EWG (z.B. für Käse und Uhren) eintrug, ist sie auf rund 12 % zurückgegangen. Nehmen wir den Idealfall an, dass das Programm der gegenseitigen 50%igen Senkung der Zolltarife der Teilnehmerstaaten in der Kennedy-Runde voll verwirklicht wird, so würde damit die Einfuhrbelastung der schweizerischen Produkte in der EWG auf 6 % sinken. Ich habe weiter oben die beträchtlichen Hindernisse geschildert, die einem vollen

Erfolg der neuen Verhandlung entgegenstehen. Wir werden uns also voraussichtlich mit einem weniger weitgehenden Resultat zufrieden geben müssen, das aber dennoch sehr schätzenswert wäre, da es die Diskrimination auf eine Grössenordnung zurückführen würde, die man kaum mehr als schlechthin unerträglich bezeichnen könnte, obschon einzelne Branchen, für die Durchschnittszollwerte nichts aussagen, immer noch massiert und ausserordentlich schwer betroffen werden könnten. Die volle Beseitigung der Diskrimination allerdings, die allein dem hohen Grad der wirtschaftlichen Verflechtung der Schweiz mit Europa gerecht würde, ist von den GATT-Zollkonferenzen, die ja alle unter der Herrschaft der unbedingten Meistbegünstigung stehen, wohl noch auf lange hinaus nicht zu erwarten.

In zweiter Linie begrüssen wir die Kennedy-Runde, weil sie uns erlaubt, unserer Berufung als echter Welthandelsstaat nachzuleben. Annähernd 40 % der schweizerischen Exporte gehen nach aussereuropäischen Ländern. Schöne und zukunftsreiche Märkte für unsere Qualitätsprodukte bedürfen systematischer und sorgsamer Pflege. Diese Anstrengungen können auf die Dauer nur in einem Klima gedeihen, das der Förderung des Welthandels allgemein günstig ist. Hinzu kommen nicht zu unterschätzende politische Ueberlegungen. Die Handelsbeziehungen, die wir mit allen Ländern der Welt unterhalten, sind zugleich eine Manifestation unseres staatspolitischen Willens, überall die Präsenz der unabhängigen und neutralen Schweiz zur Geltung zu bringen. Wollen wir die schweizerische Neutralität immer fester in der Welt überhaupt verankern, nachdem sie längst über ihre europäischen Ursprünge hinausgewachsen ist, so ist die Tätigkeit unserer Kaufleute und Industriellen in allen Ecken und Enden der Welt hierfür eine überaus wertvolle Unterstützung.

Noch ein Wort zur Welthandelskonferenz der UNO, die im Frühling nächsten Jahres durchgeführt werden soll. Es ist nicht ganz leicht, die Bedeutung dieser Konferenz richtig einzuschätzen. Auf den ersten Blick scheint es schwer denkbar, dass sie zu weittragenden, konkreten Ergebnissen gelangen wird. Wie ihr Programm zeigt, soll sie in erster Linie dazu dienen, den vielfältigen handelspolitischen Wünschen der Entwicklungsländer gerecht zu werden. Auf ihre Initiative vor allem ist sie ja auch zustande gekommen. Dass es aber gelingen sollte, in den wenigen Wochen ihrer Dauer Probleme zu

- 20 -

lösen, die nun seit manchen Jahren alle möglichen internationalen Organisationen und Veranstaltungen beschäftigt haben, ist nicht wahrscheinlich und vielleicht auch gar nicht im Ernst beabsichtigt. Die Konferenz wird vielmehr aller Voraussicht nach für die Begehren der Entwicklungsländer eine monumentale Klagemauer bilden, wie die Welt sie noch nie gesehen hat, und diesen Ländern gestatten, in feierlichster und, wenn man so sagen darf, auch in bedrohlichster Form die hochentwickelte Welt darauf aufmerksam zu machen, dass nun endlich mit dem Schlagwort "Trade, not aid" Ernst gemacht werden sollte.

In diesem psychologisch-politischen Aspekt der Konferenz liegt ihre eigentliche Bedeutung. Bezeichnenderweise haben sich auch sofort Sowjetrussland und der Ostblock des Gegenstandes bemächtigt, um aus der Unzufriedenheit und Gereiztheit der Entwicklungsländer politisches Kapital zu schlagen. Der kommunistische Block war rasch damit zur Hand, auch gleich seine eigenen besonderen Wünsche anzumelden, die bekanntlich darin bestehen, dass alle strategisch und politisch begründeten Beschränkungen der westlichen Militärallianzen in ihrem Handel mit den Ländern der kommunistischen Welt aufgehoben werden sollten. Die Westmächte waren jedoch klug genug, die Initiative in der Vorbereitung der Welthandelskonferenz nicht den Russen zu überlassen, sondern - trotz ihren begründeten Zweifeln an den realen Aussichten der Veranstaltung - selbst die Führung zu übernehmen. Ihren Bemühungen, die bevorstehenden Diskussionen in möglichst gemässigter Form und mit einigermaßen vernünftigen Zielsetzungen ablaufen zu lassen, ist weitgehend Erfolg beschieden gewesen, indem sich der Hauptharst der Entwicklungsländer, wie die Vorbereitungsphase der Konferenz klar ergeben hat, hinter ihnen und nicht hinter dem Ostblock scharte.

Eine eigentliche Bewährungsprobe verspricht die Welthandelskonferenz für das GATT zu werden. Nicht zuletzt mit ihrer lebhaften Unzufriedenheit über die bisherigen Leistungen der Genfer Organisation auf dem Gebiete der handelspolitischen Entwicklungshilfe haben die "neuen" Staaten der Welt die Notwendigkeit einer besonderen Welthandelskonferenz der UNO begründet. Es spielt dabei eine

geringe Rolle, dass die an das GATT gerichteten Vorwürfe kaum sehr stichhaltig sind. Die Schwierigkeiten liegen ja nicht im Organisatorischen und Instrumentalen, sondern vielmehr in der besondern Mühe, die es bereitet, in den hochentwickelten Ländern die - es ist nicht übertrieben zu sagen - seit Jahrhunderten bestehenden Praktiken der hohen Belastung der tropischen Produkte an der Grenze und durch interne Abgaben abzuschaffen. Auch ist unverkennbar, dass sich die Entwicklungsländer Illusionen über die Wirksamkeit auch einer vollen Beseitigung aller dieser Hindernisse zur Lösung ihrer eigenen Probleme machen. Dies hindert aber nichts daran, dass das GATT herausgefordert ist, nun auch auf diesem überaus schwierigen Gebiet mit konkreten Leistungen aufzuwarten. Alles deutet darauf hin, so besonders auch die Beschlüsse der kürzlichen Ministerkonferenz vom Mai dieses Jahres, dass das GATT und seine Mitgliedstaaten gewillt sind, eine neue grosse Anstrengung zu unternehmen, von der man einen zum mindesten partiellen Erfolg wohl erwarten kann.

Es bleibt mir noch, Ihnen, meine Herren, für die Aufmerksamkeit, die Sie in Ihrer Arbeit den von mir eben behandelten Themen widmen, sowie für Ihre regelmässige und sachkundige Berichterstattung meinen aufrichtigen Dank auszusprechen. Es stellen sich der schweizerischen Diplomatie gerade in der gegenwärtigen heiklen und schwierigen Zwischenphase, welche die europäische Integration und die wirtschaftliche und politische Auseinandersetzung zwischen Europa und der übrigen Welt durchlaufen, wichtige und teilweise auch neuartige Aufgaben. Es geht darum, in stetiger Konsultation mit unsern EFTA-Partnern zu bleiben, aber gerade auch die Kontakte mit der EWG und ihren Mitgliedsländern und darüber hinaus mit vielen, sehr massgeblichen Ueberseseestaaten sorgfältig zu unterhalten. Auf allen Fronten können sich die Gespräche früher oder später, und vielleicht sehr unvermittelt, konkretisieren. Es liegt im entschiedenen Interesse des Landes, dass wir den kommenden Kämpfen in jeder Hinsicht wohl gewappnet entgegengehen.